Neue Zürcher Zeitung

Reform der beruflichen Vorsorge

Der Artikel von Hansueli Schöchli «Das Medikament ist schlimmer als die Krankheit» (NZZ 8. 6. 22) schüttet das Kind mit dem Bad aus. Aus heutiger Sicht wäre tatsächlich ein Umwandlungssatz von fünf Prozent realistischer als die vorgeschlagenen sechs Prozent.

Trotz den erheblichen Rentenzuschlägen für die Übergangsgeneration wird die Quersubventionierung der Rentnerinnen und Rentner durch die Erwerbstätigen wesentlich abgebaut. Es handelt sich um einen Kompromiss, auf den wir gerne eingehen, weil er in der unsicheren Zeit mit steigender Inflation den Bezügerinnen und Bezügern mit niedrigem Einkommen gewährt wird.

Tatsächlich bieten nicht alle Lebensversicherer im Bereich der beruflichen Vorsorge die Vollversicherung im BVG an. An sich sind vom Versicherer garantierte Vorsorgeleistungen besonders für KMU bedarfsgerecht. Die mangelnde Verzinsung der Staatsanleihen und die Anforderung der Aufsichtsbehörden, Aktienanlagen mit hohem Eigenkapital unterlegen zu müssen, sind dafür massgebend. Sie haben dazu geführt, dass die Versicherer vermehrt das Anlagerisiko nicht selbst tragen, sondern bei teilautonomen Vorsorgeplänen die Versicherten. Eine Lockerung der restriktiven Verordnungen wäre zu begrüssen.

Heiner Hofmann, Suhr

Produktionsausbau im Inland

Der Aktivismus der Bundesverwaltung in Sachen Elektrizitätsversorgung lässt aufhorchen. Laut Communiqué sei der Bedarf für einen Sicherheitsmechanismus aus Sicht der Urek-S unbestritten, und «bis das Gesetz in Kraft trete, müsse der Bundesrat wenn nötig Notrecht anwenden, um die Stromversorgung der Schweiz zu sichern». Das scheint übertrieben und oberflächlich, denn ein Rettungsschirm könnte höchstens verhindern, dass ein Kraftwerk wegen mangelnden Kredits aufhört zu produzieren, was auch aus Sicht der Kraftwerke höchst unwahrscheinlich ist.

Viel wahrscheinlicher und nicht durch den Rettungs- oder Schutzschirm gedeckt ist aber, dass bei einer Stromknappheit in Europa ein Vertragspartner nicht liefern kann und/oder vertragsbrüchig wird. Dann nützt der Schutzschirm nichts, die Werke haben dann die Versicherungspolice dem Bund bezahlt, dem Konsumenten (der drei grossen Gesellschaften) wurde sie aber auf die Strompreise geschlagen. Und vielleicht hat sogar der Schirm eine Gesellschaft ermutigt, im Strompoker ein erhöhtes Risiko einzugehen.

Wenn's wirklich ernst wird, könnte ein Inselbetrieb der Schweiz den Schaden etwas mildern, aber das ist wegen fehlender Netzkapazitäten und wegen der internationalen Verknüpfungen kaum möglich. Wirklich wirksam ist bekanntlich nur der Produktionsausbau im Inland. Alle Aspekte dazu hat Eduard Kiener in der NZZ vom 1. Juni 2022 sehr kompetent dargelegt.

Bei der überhasteten Schutzschildaktivität des Bundes fragt man sich, weshalb er sich dermassen eines Problems annimmt, welches eigentlich in die Kompetenz der Gesellschaften oder zumindest von deren Eigentümern (grösstenteils die Kantone) gehört.

Walter Giezendanner, Rüfenacht

Kostenneutralität – eine Illusion

Der Bundesrat hat den mehrfach überarbeiteten Arzttarif zum dritten Mal zurückgewiesen, unter anderem mit der Begründung, er sei nicht kostenneutral und würde einen zusätzlichen Kostenschub auslösen (NZZ 3. 6. 22).

Die Revision eines Tarifs, der auf Einzelleistungen aufbaut, führt zwingend zu einem Kostenschub. Soll nämlich ein veralteter Tarif revidiert werden, weil die einen Ärzte bzw. Leistungen zu gut und andere Ärzte bzw. Leistungen zu schlecht bezahlt werden, dann gibt es Gewinner und Verlierer. Die Verlierer werden die befürchteten Verluste unter Aufbietung ihrer ganzen Kreativität überkompensieren, z. B. ihren Zeitaufwand grosszügiger verrechnen, Verrechnungsabsprachen innerhalb von Fachgruppen treffen, Qualitätsstandards kostenwirksam nach oben anpassen und im schlimmsten Fall sogar nicht erbrachte Leistungen verrechnen.

Die Kostenneutralität bei der Revision eines Einzelleistungstarifs ist eine Illusion.

Dr. med. Christian Marti, Fehraltorf

Attraktivität des Lehrberufs

Es ist ein sonderbarer Bericht («Neuer Babyboom verschärft den Lehrermangel», NZZ 11. 6. 22). Zuerst lesen wir interessante Angaben über Besoldungen und Schülerzahlen, und dann darf man sich freuen, dass der Lehrerberuf keineswegs in der Krise steckt. Rektor Heinz Rhyn von der PH Zürich spricht stolz über einen Zustrom von Studierenden, welcher ein «starkes Zeichen für die Attraktivität des Lehrberufs» sei. Und Thomas Minder, Präsident der Schulleiterinnen, bläst ins gleiche Horn. Wie passt denn das zum grossen Lamento über den Lehrermangel?

Wenn Wasser in die Badewanne strömt, ist das noch lange keine Garantie für deren Füllung. Es kommt bekanntlich auch darauf an, was gleichzeitig wieder abfliesst. Von dieser Wahrheit vernimmt man erst gegen Schluss des Textes. Die Spatzen pfeifen es indes von den Dächern: Ein Teil der PH-Absolventinnen tritt gar nicht in den Schuldienst ein, andere verlassen ihn wieder nach kurzer Zeit, und, man reibt sich die Augen, lediglich ein Viertel (!) arbeitet zu 100 Prozent. So sieht es hinter den Kulissen der angeblichen Attraktivität aus. Und endlich wird auch einmal zugegeben, dass der umstrittene Lehrplan 21 und die missglückte Integration eine Mitschuld an der grossen Belastung der Lehrpersonen haben.

Nun herrscht Alarmstimmung. Ich schliesse mich der Meinung von Dagmar Rösler, Präsidentin LCH, an. In Zürich und anderen Kantonen ist man nun schon von einem Extrem ins andere gefallen. Zuerst mindestens Matura, dann Krethi und Plethi. So geht es natürlich nicht. Aber umgekehrt sollten sich Frau Rösler und Herr Minder dringend überlegen, ob es nicht zweckdienlich wäre, einen zweiten Weg zum Lehrerberuf anzubieten, ohne Matura, aber auch keine Schnellbleiche. Es ist einfach schade um die vielen Interessierten, welche wegen einzelner Schwachstellen ausgeschlossen werden, obwohl sie durchaus pädagogisches Geschick hätten und sich vielleicht weit besser bewähren würden als Leute mit akademischen Titeln.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Kühlung durch helle Strassenbeläge

In der NZZ vom 11. Juni beschreibt der Autor Sven Titz die Hitzeentwicklung in Städten durch den dunkeln Strassenbelag und die Probleme, wenn man diesen aufhellen will, was erwünscht wäre, da damit die Temperatur wegen der Reflexion des Sonnenlichtes sinkt. Auf einer Reise durch Argentinien im Jahr 1988 stellten wir in Mendoza fest, dass dort aus demselben Grund – Hitze und sehr selten Regen – jede Strasse als Allee ausgebildet war. Die Bäume spenden Schatten, so dass keine Wärmeabsorption durch den Strassenbelag erfolgt und die Stadt zudem grün wirkt. Dass wie in Mendoza jeder Baum noch eine eigene Wasserversorgung benötigt, weil es fast nie regnet, das wäre in unseren Breiten nicht der Fall.

Valentin Audétat, Chur

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

TRIBÜNE

Die Energiestrategie ist tot

Gastkommentar
von MARTIN FÖHSE

Die schweizerische Energieversorgung hat sich auf eine Fahrt ins Blaue eingeschifft – auf einem Dampfer ohne Kapitän. Dem Bundesrat ist das Dossier entglitten, sofern er es überhaupt je in den Händen hatte. Er wird buchstäblich links und rechts überholt. Zum einen von den sich überschlagenden Ereignissen, zum anderen vom Parlament, das ihn geradezu vor sich hertreibt. Es sind goldene Zeiten, um sich mit markigen Vorstössen zu profilieren und entweder zu fordern, den gesamten Alpenbogen zum Nationalpark zu erklären, oder im Gegenteil Kraftwerke im Stil autokratischer Regime ohne Bewilligungsverfahren bauen lassen zu wollen.

Die Versuche des Bundesrats, ans Ruder zu gelangen, wirken hilflos. Beispielhaft der Entwurf zum «Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien». Er war wegen einer parlamentarischen Initiative bereits überholt, bevor er die Bundesversammlung erreichte.

Mit der Initiative hat man nicht nur das Subventionsregime verlängert, sondern gleichzeitig die vom Bundesrat im Mantelerlass vorgeschlagene Strommarktöffnung bis Ende 2030 zunichtegemacht. Letzteres freilich nicht explizit, sondern implizit, denn das vorgesehene Förderregime ist mit einem offenen Strommarkt nicht vereinbar. Ein weiteres Beispiel ist der Rettungsschirm für grosse Stromversorgungsunternehmen. Jählings fand sich die Alpiq nach ihrem Hilferuf im letzten Dezember in der Rolle des Zauberlehrlings wieder – man rief den Bundesrat und wird ihn nun nicht mehr los. Obwohl ganz offensichtlich nicht zuständig, nahm Bundesbern den Vorstoss zum Anlass, ein Problem zu lösen, das möglicherweise gar nicht existiert, vor allem aber nicht in seiner primären Verantwortung liegt. Auch hier wirkt das Eingreifen fahrig und unreflektiert. Der Bund agiert auch widersprüchlich. Auf der einen Seite streitet man eine Verantwortung für die Energieversorgung ab, auf der anderen Seite zieht man sie immer mehr an sich.

> Dem Bundesrat ist das Dossier Energiepolitik komplett entglitten. Er wird derzeit buchstäblich von links wie rechts überholt.

Ein trauriges Beispiel ist schliesslich die Vorlage zur Beschleunigung der Bewilligungsverfahren, die unlängst in der Vernehmlassung war. Es ist unverständlich, dass der Bundesrat die Vorlage nicht bereits mit dem Mantelerlass eingebracht hat.

Das Problem ist seit Jahrzehnten bekannt. Fördermillionen und Kapital sind völlig nutzlos, wenn Kraftwerke nicht innert vernünftiger Frist gebaut oder saniert werden können. Dass die Vorlage nun erarbeitet wird, ist löblich, aber zu spät. Diese Verspätung wiederum führte ganz offensichtlich zu Hektik, denn nur so möchte man sich als Bürger dieses Landes die schlechte Qualität des Entwurfs erklären. Es bleibt zu hoffen, dass der Bundesrat nachbessert, wobei Verbesserungspotenzial im Weglassen von Schädlichem und in der Fokussierung auf Nützliches besteht: 1) Beschränkung des kantonalen Instanzenzugs; 2) konzentrierte Plangenehmigungsverfahren – aber nur dort, wo sinnvoll; 3) gezielter Einsatz von mehr Ressourcen. Schliesslich sollte man das Thema Umweltschutz aus der Tabuzone holen und zumindest punktuell die Verhältnismässigkeit einzelner Vorschriften prüfen – ohne aber dabei das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Die sich stellenden Herausforderungen sind zu meistern. Dafür bedarf es aber keiner Politikerinnen und Politiker, die sich um das Ruder des Dampfers balgen. Vielmehr braucht es eine durchdachte und kohärente Strategie und das Zusammenraufen aller Akteure unter der strategischen Führung des Bundesrats. Die Energiestrategie ist tot – es lebe die Energiestrategie.

Martin Föhse ist Rechtsanwalt und Lehrbeauftragter an der Universität St. Gallen.

Neue Zürcher Zeitung
UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 243. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Eric Gujer (eg.).

Stellvertreter: Daniel Wechlin (daw.), Nicole Anliker (ann.), Carola Ettenreich (cet.), Tom Schneider (sct.).

Tagesleitung: Nicole Anliker (ann.), Christian Steiner (cts.), Benno Mattli (bem.).

International: Peter Rásonyi (pra.), Andreas Rüesch (A. R.), Werner J. Marti (wjm.), Andrea Spalinger (spl.), Andreas Ernst (ahn.), Meret Baumann (bam.), Patrick Zoll (paz.), Elena Panagiotidis (ela.), Dominique Burckhardt (dbu.), Fabian Urech (urf.), Judith Kormann (jkr.), Ulrich von Schwerin (uvs.), Katrin Büchenbacher (k.b.), Pauline Voss (ine.).

Meinung & Debatte: Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A.Bn.), Claudia Schwartz (ces.).

Schweiz: Christina Neuhaus (cn.), Andri Rostetter (art.), Erich Aschwanden (ase.), Daniel Gerny (dgy.), Marc Tribelhorn (tri.), Michele Coviello (cov.), Simon Hehli (hhs.), Angelika Hardegger (haa.), Tobias Gafafer (gaf.), David Vonplon (dvp.), Samuel Tanner (sta.).
Bundeshaus: Fabian Schäfer (fab.), Christof Forster (For.), Georg Häsler Sansano (geo.), Katharina Fontana (fon.).
Westschweiz: Antonio Fumagalli (fum.).

Zürich: Daniel Fritzsche (dfr.), Fabian Baumgartner (fbi.), Dorothee Vögeli (vö.), Stefan Hotz (sho.), Adi Kälin (ak.), Katja Baigger (bai.), Jan Hudec (jhu.), Florian Schoop (scf.), Claudia Rey (clr.), Raffaela Angstmann (ran.), Michael von Ledebur (mvl.), Nils Pfändler (nil.), Linda Koponen (lkp.), Dennis Hoffmeyer (dho.), Zeno Geisseler (zge.), Isabel Heusser (heu.).

Wirtschaft: Chanchal Biswas (bis.), Dieter Bachmann (dba.), Alexandra Stühff (alx.), Thomas Fuster (tf.), Christin Severin (sev.), Nicole Rütti Ruzicic (nrü.), Christoph Eisenring (cei.), Andrea Martel Fus (am.), Thomas Schürpf (tsf.), Gerald Hosp (gho.), Matthias Benz (mbe.), Hansueli Schöchli (hus.), Benjamin Triebe (bet.), Dominik Feldges (df.), André Müller (amü.), Stefan Häberli (hat.), Nelly Keusch (nel.).
Börse: Michael Ferber (feb.), Werner Grundlehner (gru.), Lorenz Honegger (lho.).
Chefökonom: Peter A. Fischer (pfi.).

Wissenschaft, Technologie und Mobilität: Christiane Hanna Henkel (C. H.), Christian Speicher (Spe.), Alan Niederer (ni.), Herbert Schmidt (hdt.), Lukas Mäder (mdr.), Ruth Fulterer (ful.), Gioia da Silva (gds.), Eveline Geiser (evg.), Sven Titz (svt.), Judith Blage (jbl.), Esther Widmann (wde.).

Feuilleton: Benedict Neff (ben.), Roman Bucheli (rbl.), Thomas Ribi (rib.), Ueli Bernays (ubs.), Philipp Meier (phi.), Claudia Mäder (cmd.), Lucien Scherrer (lsc.), Christian Wildhagen (wdh.), Manuel Müller (mml.), Sabine von Fischer (svf.), Andreas Scheiner (sca.).

Sport: Elmar Wagner (wag.), Philipp Bärtsch (phb.), Andreas Kopp (ako.), Benjamin Steffen (bsn.), Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Nicola Berger (nbr.), Stefan Osterhaus (sos.), Christof Krapf (krp.).

Wochenende/Gesellschaft/Reisen: Daniel Wechlin (daw.), Birgit Schmid (bgs.), Michael Schilliger (msl.), Susanna Müller (sm.).

Reporter: Marcel Gyr (-yr.), Anja Jardine (jar.), Martin Beglinger (beg.).

Nachrichten: Janique Weder (wej.), Kathrin Klette (kkl.), Tobias Sedlmaier (tsm.), Esther Rüdiger (eru.), Gian Andrea Marti (gam.), Esther Widmann (wde.), Nadine Brügger (nad.), Franco Arnold (fra.), Melchior Poppe (pop.).

Social Media: Reto Stauffacher (rst.), Philipp Gollmer (phg.), Ferdinand Knapp (FK.), Marit Langschwager (mls.).

Community: Anja Grünenfelder (ang.).

Podcast: David Vogel (dv.), Benedikt Hofer (bho.), Nadine Landert (lna.), Marlen Oehler (oeh.), Sebastian Panholzer (sep.).

Audience Management: Dominik Batz (btz.), Jonas Holenstein (jho.).

Visuals & Editorial Tech: Barnaby Skinner (bsk.), Kaspar Manz (xeo.), Christian Kleeb (cke.), Anja Lemcke (lea.), Eugen Fleckenstein (efl.), Joana Kelén (jok.), Nikolai Thelitz (nth.), Jonas Oesch (joe.), Florian Seliger (fsl.), Adina Renner (adi.), Nicolas Staub (las.), Charlotte Eckstein (eck.), Franco Gervasi (fgr.), Simon Haas (sih.), Eike Hoppmann (eik.) Simon Huwiler (shu.), Manuela Paganini (mpa.), Michel Grautstück (mgr.), Forrest Rogers (fr.), Julia Monn (jum.), Roland Shaw (sro.).

Video/TV: Markus Stein (sma.), Andrea Hauner (hwa.), David Hess (dhe.), Jasmine Ruegg (jmr.), Jörg Walch (jwa.), Conradin Zellweger (czw.), Isabelle Pfister (ipf.), Jasmine Jacot-Descombes (jja.), Nicole Krättli (krä.).

Produktionsredaktion: Benno Mattli (bem.), Caspar Hesse (cah.), Christoph Fisch (cf.), Claudia Baer (cb.), Manuela Kessler (mak.), Lucie Paška (lpa.), Roland Tellenbach (rol.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.), Bodo Lampersky (la.), Lukas Leuzinger (lkz.), Philipp Hufschmid (phh.), Yvonne Eckert (yve.), Benno Brunner (bbr.), Ilda Özalp (ilö.).

Art Director: Reto Althaus (ral.).

Bildredaktion: Gilles Steinmann (gst.), Andrea Mittelholzer (and.), Roman Sigrist (rsi.), Reto Gratwohl (grr.), Nicole Aeby (nae.), Rahel Arnold (raa.), Martin Berz (brz.), Joël Hunn (huj.), Dominic Nahr (dna.).

Fotografen: Christoph Ruckstuhl (ruc.), Karin Hofer (hfk.), Annick Ramp (ara.), Simon Tanner (tan.).

Korrektorat: Natascha Fischer.

KORRESPONDENTEN

Paris: Nina Belz (nbe.). **London:** Niklaus Nuspliger (nn.). **Berlin:** Marc Felix Serrao (flx.), René Höltschi (Ht.), Jonas Hermann (jsh.), Hansjörg Friedrich Müller (hmü.), Alexander Kissler (kis.), Oliver Maksan (oma.), Fatina Keilani (kei.). **Frankfurt:** Michael Rasch (ra.). **München:** Stephanie Lahrtz (slz.). **Rom:** Luzi Bernet (lzb.), Andres Wysling (awy.). **Madrid:** Ute Müller (utm.). **Wien:** Ivo Mijnssen (mij.), Daniel Imwinkelried (imr.). **Stockholm:** Rudolf Hermann (ruh.). **Brüssel:** Christoph G. Schmutz (sco.), Daniel Steinvorth (DSt.), Kalina Oroschakoff (oro.). **Moskau:** Markus Ackeret (mac.). **Nairobi:** Samuel Misteli (smi.). **Istanbul:** Volker Pabst (pab.). **Jerusalem:** Inga Rogg (iro.). **Beirut:** Daniel Böhm. **Delhi:** Andreas Babst (abb.). **Seoul:** Matthias Müller (Mue.). **Peking:** Matthias Kamp (mka.). **Shenzhen:** Matthias Sander (msa.). **Tokio:** Martin Kölling (koe.). **Sydney:** Esther Blank (esb.). **Washington:** Christian Weisflog (ws.). **Chicago:** David Signer (dai.). **New York:** Christof Leisinger (cri.). **San Francisco:** Marie-Astrid Langer (lma.). **Rio de Janeiro:** Thomas Milz (mit.). **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (bu.).

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ am Sonntag: Chefredaktor: Jonas Projer (jp.).
NZZ Folio: Aline Wanner (awa.), Reto U. Schneider (res.), Flurin Clalüna (fcl.), Barbara Klingbacher (bak.).
NZZ Geschichte: Lea Haller (lha.), Daniel Di Falco (ddf.).

DAS UNTERNEHMEN NZZ

Felix Graf (CEO)

Die Neue Zürcher Zeitung AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung. Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen nach Art. 322 Abs. 2 StGB: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Hausvogteiplatz 3/4, 10117 Berlin; The Market Media AG, Zürich.

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, redaktion@nzz.ch, www.nzz.ch.
Zuschriften: Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, leserbriefe@nzz.ch.

Verlag: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, verlag@nzz.ch.

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, service@nzz.ch, www.nzz.ch/faq.

Inserate: NZZone, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, Fax +41 44 258 13 70, inserate@nzz.ch, www.nzzone.ch.

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, CH-8045 Zürich.

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWSt)

NZZ Print & Digital: 847 Fr. (12 Monate), 77 Fr. (1 Monat).

NZZ Digital Plus: 579 Fr. (12 Monate), 54 Fr. (1 Monat).

NZZ Wochenende Print: 374 Fr. (12 Monate), 34 Fr. (1 Monat). Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital.

NZZ International Print & Digital: 572 € (12 Monate), 52 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandpreise auf Anfrage.

NZZ Kombi Print & Digital: 949 Fr. (12 Monate), 87 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital.

NZZ für Studierende: 5 Fr. (1 Monat).

Alle Preise gültig ab 1. 1. 2022.

Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2022.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG
Kartengrundlage: © Openstreetmap, © Maptiler